

**Prammer fordert Recht auf Teilzeitarbeit**

# Karenz wird zum Wahlkampfthema

**Das Thema Karenzgeld ist am Montag endgültig zum Wahlkampfthema geworden. In zwei Pressekonferenzen bekräftigten – fast zeitgleich – die beiden Regierungsparteien ihre Standpunkte: Die ÖVP will „Karenzgeld für alle“, ohne Steuererhöhungen über den FLAF finanziert. Die SPÖ lehnt dies strikt ab und verlangt einen Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit mit Rückkehrgarantie in den Vollerwerb.**

Auf die Flexibilisierung der Karenz haben sich SPÖ und ÖVP bei der Klausur in Bad Aussee geeinigt – die Frage der Anspruchsberechtigung wird aber mehr und mehr zum Streitthema.

Frauenministerin Barbara Prammer und AK-Präsident Herbert Tumpel forderten ein ganzes Maßnahmenbündel, damit Beruf und Familie tatsächlich vereinbar wird, allem voran das Recht auf Teilzeitarbeit und die Rückkehrgarantie in den Vollerwerb. Prammer hofft auch, längerfristig einen Rechtsan-

spruch auf einen Kinderbetreuungsplatz durchsetzen zu können. Die Frauenministerin will die Forderung nach Recht auf Teilzeit so lange einbringen, bis sie realisiert ist. „Niemand kommt heute auf die Idee, einem Arbeitnehmer das Recht auf Urlaub abzusprechen“ – genauso weit müsse man bei der Teilzeitarbeit kommen.

An der Pressekonferenz nahmen auch Bernd Marin und Monika Thenner vom Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung teil. Sie

zeigten auf, daß es keine erkennbare dauerhafte Verbindung zwischen Berufstätigkeit und Geburtenhäufigkeit gebe. Familienpolitische Maßnahmen seien aber sehr wohl in der Lage, Lebensmodelle „mitzustrukturieren“, bzw. die Realisierung eines vorhandenen Kinderwunsches zu erleichtern.

Genau dabei setzt Prammer an: Der Kinderwunsch sei planbar geworden, ob eine Frau einem Beruf nachgeht oder nicht, habe darauf keine Auswirkungen. Wichtig seien einerseits die gesellschaftliche Akzeptanz für berufstätige Mütter, andererseits die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, flexible Arbeitszeiten bzw. das Recht auf Teilzeitarbeit mit Rückkehrgarantie und Kinderbetreuung.

**Fortsetzung Seite 2**

Fortsetzung von Seite 1

# Karenzgeld wird zum Wahlkampfthema

Prammer appellierte an die Wirtschaft, Fördermaßnahmen für Mütter und Väter gleichermaßen vorzusehen: „Kinder dürfen nicht zum beruflichen Ausführen, die Eltern brauchen die Gewißheit ihrer eigenen gesicherten Existenz“.

Tumpel ging einen Schritt weiter und verwies auch auf die Relevanz der beruflichen Aus- und Weiterbildung gerade für Mädchen im Zusammenhang mit der nach wie vor auseinanderklaffenden Einkommensschere.

Der ÖVP-Vorstoß nach „Karenz für alle“ ist für Prammer „keine sinnvolle Idee“, weil sie an den Bedürfnissen vorbeigehe. Natürlich werde die SPÖ keinen

bedürftigen Menschen fallenzulassen, natürlich sei eine soziale Absicherung für alle notwendig, aber mit höherem Karenzgeld für alle höhere Geburtenzahlen erreichen zu wollen, gehe an den Wünschen junger Frauen vorbei. Sie lehne Prämien für mehr Geburten strikt ab, erklärte die Ministerin: „Die wesentliche Frage ist doch, was braucht eine junge Frau, um sich zu entscheiden, Mutter zu werden“.

## **Khol: Soziales Unrecht, wenn 10 Prozent der Mütter kein Karenzgeld bekommen**

Für Familienminister Martin Bartenstein ist „Karenzgeld für alle“ ein „Gebot der Gerechtigkeit und der Vernunft“, für

Klubobmann Andreas Khol ist es ein „soziales Unrecht, wenn zehn Prozent vom Muttergeld ausgeschlossen“ bleiben. Das Karenzgeld sei „schon längst“ keine reine Versicherungsleistung mehr, betonte Bartenstein. Seit 1979 würden drei Viertel vom Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) getragen. „Karenzgeld für alle“ wäre ohne Steuer- oder Abgabenerhöhung aus dem FLAF finanzierbar. Sollte der FLAF die Kosten zur Gänze übernehmen, würde dies den FLAF drei Mrd. Schilling kosten, gleichzeitig würde sich die Arbeitslosenversicherung aber 2,3 Mrd. Schilling ersparen. Die Nettokosten wären also nur 700 bis 800 Mill. Schilling, rechnete Bartenstein vor.

So wie Prammer überzeugt ist, den Rechtsanspruch auf Teilzeit durchsetzen zu können, ist Khol überzeugt, daß die SPÖ ihren Widerstand gegen „Karenzgeld für alle“ nicht durchhalten werde. Die SPÖ werde den Vorwurf nicht aushalten, „kein Herz für Hausfrauen, Studentinnen, Schülerinnen, Unternehmerinnen und Bäuerinnen“ zu haben, meinte Kohl, der überzeugt ist, in einem Jahr das Karenzgeld für alle schon feiern zu können.

Die FPÖ unterstützt inhaltlich die Forderung nach „Karenzgeld für alle“, warf der Regierung aber vor, das Karenzthema „tot zu streiten“. Der Frust der Frauen werde immer größer, SPÖ und ÖVP sollten sich „endlich am Riemen reißen und einmal zum Wohle der österreichischen Familien handeln“ – statt „Wortgemetzeln Karenzgeld für alle“.

Kritik am „Koalitionsstreit“ kam auch von den Grünen: Dieser Streit hätte nur eine „beschämende Abtreibungsdebatte“ gebracht. Mit diesem Hick-Hack solle offensichtlich von der Untätigkeit der Regierung abgelenkt werden. Die Grünen bekräftigten daher ihre Forde-

rung nach sofortiger Erhöhung des Karenzgeldes auf 6.000 Schilling (rückwirkend ab 1. Jänner) und mittelfristig auf 8.000 Schilling.

Die Liberalen sprachen von „Alibimaßnahmen“. Weder Karenzgeld für alle noch ein Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit könnten darüber hinwegtäuschen, daß Frauen nach wie vor vom Arbeitsmarkt verdrängt würden und die Arbeitslosigkeit der Frauen im Steigen begriffen sei. Notwendig seien eine flächendeckende Kinderbetreuung mit flexiblen Öffnungszeiten und die Festlegung des Karenzgeldes auf 80 Prozent des Letztbezugs.



**Frauenministerin Barbara Prammer (im Bild mit Sozialforschern Bernd Marin und Monika Thenner) will den Rechtsanspruch auf Teilzeit durchsetzen.** Foto: APA/Schneider



**Familienminister Martin Bartenstein und VP-Klubobmann Andreas Khol (im Bild mit einer Mutter) wollen schon in einem Jahr das Karenzgeld für alle feiern.** Foto: APA/Schnarr